

WORTE AUS DEM LANDESVORSTAND

Jetzt kommen wir

Janina Weis

Landesjugendvorsitzende

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mein Name ist Janina Weis und ich bin 27 Jahre alt. Seit April 2021 befinde ich mich im Studium für den gehobenen Polizeivollzugsdienst der Schutzpolizei an der HWR und bin noch vor Beginn in die GdP eingetreten. Ende September 2023 wurde ich im Rahmen der Landesjugendkonferenz zur neuen Landesjugendvorsitzenden gewählt. Sagen wir es mal so, ich bin bereit, jetzt kommen wir.

Durch meinen Vater habe ich schon von klein auf viel von der Struktur und der Organisation der Polizei mitbekommen und als ich selbst in diese Behörde eingetreten bin, war mir demnach schon vieles bekannt und vertraut. Die Probleme, die sich jedoch innerhalb des Studiums oder aber auch in der Ausbildung ergeben, waren mir nicht bewusst und begegneten mir in meinen drei Jahren an der HWR und der PA vermehrt. Eines der ganz zentralen Probleme stellte sich schon frühzeitig heraus: die Vernetzung untereinander. In Zeiten von Corona und der Online-Lehre ist ein Kennenlernen über die Studiengruppen hinaus faktisch un-

möglich. In einem Beruf, der aber eigentlich von der Vernetzung untereinander, dem Austausch von Erfahrungswerten und Meinungen lebt, sehe ich das als ganz großes Manko an. Meine Intention ist es deshalb, die Mitglieder unserer Jungen Gruppe zueinander und damit in den Austausch zu bringen. Dazu



werden wir auch unsere bisher sehr erfolgreiche Nachhilfe weiter forcieren und so jungen Menschen ein Angebot, aber auch eine gewerkschaftliche Plattform bieten. Wir wer-

den auch die eine oder andere Veranstaltung organisieren, um gemeinsam mit Euch Sachen zu bewegen.

Darüber hinaus ist es mein Ziel – mit der Hilfe meines Teams –, eine Art Mentorenprogramm sowohl in der HWR Berlin als auch an der PA zu installieren. Hierbei

sollen einige Personen aus den höheren Semestern Ansprechpartner für die neuen Kolleginnen und Kollegen werden. Längerfristig ist es durchaus denkbar, dass hier auch Mentoren aus den Bezirksgruppen oder gar der Seniorengruppe finden, die mit ihrer Expertise den jungen Menschen in unseren Behörden den Start in den Berufsalltag ein wenig erleichtern. Wir brauchen auf den Basisdienststellen jede Unterstützung, die man sich denken kann. Auch aus diesem Grund halte ich es für wichtig, dass schon an der HWR und der PA mit Vertrauenspersonen gearbeitet wird, damit Probleme nicht mehr totgeschwiegen, sondern angepackt werden. Ich freue mich auf die nächsten vier Jahre mit meinem Team und

auf alles, was wir umsetzen und bewegen können. Wir sind motiviert und werden so schnell nicht müde, jetzt kommen wir und wir meinen das ernst. ■

DP – Deutsche Polizei
Berlin**Geschäftsstelle**
Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin
Telefon (030) 210004-0
Telefax (030) 210004-29
gdp-berlin@gdp-online.de
www.gdp-berlin.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke**Redaktion**
Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)
Telefon (030) 210004-13
jendro@gdp-berlin.de**Konten**
Commerzbank
IBAN: DE69 3004 0000 0634 3073 00



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

neues Jahr, neues Glück. Zunächst einmal hoffe ich, dass Ihr alle gesund in 2024 hereingerutscht seid. Ich habe keine Glaskugel und bei Fertigstellung dieser Ausgabe sind die Ereignisse in der Silvesternacht noch nicht absehbar, aber ich nehme an, dass wir in der ersten Januarwoche wieder viel darüber reden und vielleicht ja nach diesem Jahreswechsel mal wirklich Maßnahmen ergriffen werden, damit wir nicht mehr mit verletzten Einsatzkräften aus der Nacht gehen. Es wird eines der vielen Themen sein, die wir 2024 bespielen, als Eure Interessenvertretung, als Euer Sprachrohr, in jedem Fall gemeinsam mit Euch.
Viel Spaß beim Lesen. **Benjamin Jendro, Landesredakteur**

DEINE GdP INFORMIERT

Der Tarifabschluss auf drei Blicke

Seit 9. Dezember haben wir einen Tarifabschluss im TV-L, der ähnlich wie im TVöD gelaufen ist und durch den es ab Februar 2025 (ja, ist ewig lang hin) dann mindestens 340 Euro mehr im Monat gibt! Das sind in vielen Bereichen mehr als zehn Prozent in weniger als zwei Jahren. Wir haben Berlins verantwortliche Politiker angeschrieben und die zeitnahe Übernahme für den Beamtenbereich, auch Pensionäre gefordert. Finanzsenator Evers sicherte uns diese kurz vor Redaktionsschluss zu

Die generellen Zahlen

- Dezember 2023: 1.800 Euro Inflationsausgleich (Azubis 1.000 Euro)
- Januar–Oktober 2024: 120 Euro/Monat Inflationsausgleich (Azubis 50 Euro)
- November 2024–Januar 2025: Sockelbetrag 200 Euro/Monat brutto (Azubis 100 Euro)
- ab Februar 2025: zusätzlich 5,5 Prozent (200 Euro + 5,5 Prozent = min. 340 Euro brutto) (Azubis: zusätzlich 50 Euro)
- Laufzeit bis Oktober 2025

Die Hauptstadtzulage ...

... ist ab sofort fester Bestandteil des TV-L. Das bedeutet, dass Berlin sie weiterhin zahlen

darf und keinen TdL-Rauswurf riskiert. Aktuell ist sie bis Oktober 2025 befristet.

Bedeutet für Beamte/ Pensionäre

Man hat sich auf eine 1:1-Übernahme für Beamte verständigt (mindestens). Das Land Berlin muss dazu ein Gesetz beschließen (Gesetzgebungsverfahren).

Der Plan laut SenFin:

1. Quartal 24: Gesetzesentwurf; 2. Quartal 24: Plenum, Ausschüsse, Beteiligungen;
3. Quartal 24: Beschluss und Wirksamkeit

In unserem Brief an Kai Wegner, Stefan Evers und Iris Spranger haben wir für unsere

Beamten und Pensionäre die zeit- und mindestens inhaltsgleiche Übernahme des tabellenwirksamen Tarifabschlusses eingefordert. Das würde bedeuten, dass es spätestens ab November 2024 monatlich 200 Euro mehr brutto, ab Februar 2025 zusätzlich 5,5 Prozent (200 Euro + 5,5 Prozent = min. 340 Euro) gibt. Wir haben allerdings auch darauf hingewiesen, dass es durchaus schneller passieren darf, damit wir dem Bund nicht weiter hinterherhinken. In diesem Kontext verwies unser Landeschef auch noch mal auf den Koalitionsvertrag und sprach sich für 1–2 Prozent zusätzlich zum Tarifabschluss aus.

In Sachen 3.000 Euro Inflationsausgleichsprämie plädieren wir für eine unbürokratische schnelle Umsetzung, da die einzelnen Stufen des Gesetzgebungsverfahrens aus unserer Sicht nicht zwangsläufig alle durchlaufen werden müssen und die Inflation uns nicht erst Ende 2024, sondern jetzt trifft. Für uns steht außer Frage, dass es diese Ausgleichszahlung nicht nur für aktive Beamte und Azubis, sondern auch für Pensionäre geben muss. Gleiches gilt für die Hauptstadtzulage, die durch den Tarifabschluss jetzt im TV-L integriert ist. Das Land Berlin muss aber über eine Weiterführung nach Oktober 2025 entscheiden. Wir halten sie für notwendig. Sie muss allerdings losgelöst von Besoldungs- und Entgeltgruppen für alle gelten, weshalb wir eine entsprechende Zulage für alle Beschäftigten des Landes Berlin sowie alle Pensionärinnen und Pensionäre fordern. ■



Hier findest Du uns
in den Social-Media-Kanälen



FÜR MITGLIEDER

Perspektivwechsel zur Seminarpremiere

Mal einen Perspektivwechsel vornehmen, so andere Sichtweisen kennenlernen, auch wenn man gar nichts sieht – das Schwerbehindertenseminar unserer GdP schärft die Sinne und die Blickwinkel auf das Leben. Für mich war es eine absolute Premiere und dies gelang auf ganzer Strecke.

Verena Kempe
Bezirksgruppe BüO

Ich wusste bei meiner Anmeldung für das Seminar in Kloster Lehnin nicht wirklich, was mich erwartet, aber im November war es dann endlich so weit. Dank des geschätzten und sehr versierten Rainer Ritter gelang es, die Problematik in all seinen Facetten kennenzulernen und bereits bestehendes Wissen weiter zu vertiefen. Unterstützt wurde er hierbei von dem nicht weniger geschätzten und wissenden Michael Laube. Rainer vermittelte

ten einige Tücken auf, die uns sicher noch oft beschäftigen werden. Abgerundet wurde das Thema mit der VV Inklusion und dem Betrieblichen Eingliederungsmanagement.

Obwohl sich einige von uns nicht konnten, verschmolzen wir schnell zu einer netten Truppe, tauschten uns aus und hatten neben dem Lernen auch viel Spaß. Geduldig wurden unsere Fragen beantwortet. Besonders spannend war ein gemeinsamer Spaziergang, bei dem wir erfahren und erleben konnten, wie



Fotos: GdP Berlin



uns mit Professionalität, Musik und Charme viel Wissenswertes des Schwerbehindertenrechts, der Aufgaben der Vertrauenspersonen der Schwerbehinderten sowie die nicht unerhebliche Rolle der Personalräte in der Prävention. Die Informationen zur Gleichstellung deck-

es ist, blind oder taub zu sein oder gar auf einen Rollstuhl angewiesen zu sein. Diese Erfahrung wird für uns unvergessen sein und verdeutlichte uns, wie froh wir sein können, im täglichen Leben nicht mit auch nur einer dieser Behinderungen zurechtzukommen zu müssen. Wir mussten feststellen, dass die Zeit für all das Wissenswertes nicht ausreichte und wünschen uns eine Fortsetzung. Ich kann nur alle dazu animieren, sich anzumelden. Es lohnt sich. Vielen Dank an Rainer, an Michael und alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen und hoffentlich bis bald. ■

Landeschef Stephan Weh via Berliner Zeitung

Wir betrachten die Lage durchaus mit Sorge. Es ist klar, dass es zu Auseinandersetzungen kommen kann, wenn auf engem Raum sehr viele Menschen zusammenleben. Wenn dann noch unterschiedliche Kulturen und Religionen aufeinanderprallen, kommen weiteres Konfliktpotenzial und auch Solidarisierungseffekte hinzu. So braucht es nicht viel, damit größere Gruppen aufeinander losgehen. Um hier präventiv agieren zu können, braucht es gut qualifiziertes und entsprechend aufgestelltes Sicherheitspersonal. Es kann nicht auch noch Aufgabe der Polizei sein, hier ständig mit Funkwagen oder ganzen Hundertschaften zu Flüchtlingsunterkünften herauszufahren, weil sich jemand bei der Essensausgabe vorgedrängelt hat. Wenn der Markt nicht genügend Security hergibt, sind wir gern bereit, die Sicherheit staatlicher Liegenschaften wie Polizeidienststellen wieder in staatliche Hände zu geben, entsprechendes Personal einzustellen und so mehr externe Security für Flüchtlingsunterkünfte zur Verfügung zu haben.

THEMA DES MONATS

Wir erheben die Stimme gegen Gewalt an Frauen

Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland 133 Frauen durch Männer getötet, in diesem sind es bereits 158 und acht Mädchen. Diese Zahlen sind beängstigend und sie geben nicht einmal die ganze Wahrheit preis, denn Femizide werden nicht gesondert statistisch erfasst, sondern nur als allgemeine Tötungsdelikte. Dabei sind sie nicht allgemein, die Frauen wurden getötet, nur weil sie Frauen sind. Am 17. Januar in Marzahn, am 19. April in Friedrichshain, am 8. Juni in Lichterfelde und am 23. Oktober in Köpenick. Das muss ein Ende haben, wir erheben unsere Stimme gegen Gewalt an Frauen.

Claudia Ahlrep und Maika Wohlrab

Studien belegen, dass 71,1 Prozent der Opfer von häuslicher Gewalt weiblich sind. Dabei stieg die Zahl der häuslichen Gewalt laut Lagebild des BMI zuletzt um 8,2 Prozent. Gewalt gegen Frauen erstreckt sich aber nicht nur auf den Bereich der häuslichen Gewalt. Dazu zählen auch Übergriffe sexueller Natur, wobei es auch hier oft um das Machtverhalten der Täter geht. Laut Befragungen erleben zwei von drei Frauen in ihrem Leben sexuelle Belästigung. Laut Umfrage des BMFSFJ wird jede siebte Frau Opfer schwerer sexualisierter Gewalt, wobei beeinträchtigte Frauen zwei bis dreimal häufiger betroffen sind. Bereits 2020 entstand durch die Bundesfrauen der GdP ein Positionspapier, in dem auf diverse Missstände zum Nachteil von gewaltbetroffenen Frauen hingewiesen und Forderungen aufgestellt wurden. Darunter fallen unter anderem ein Rechtsanspruch für Frauen unabhängig ihrer Herkunft und finanziellen Möglichkeiten, die Sicherstellung des Lebensunterhalts von gewaltbetroffenen Menschen und ein breitgefächertes bedarfsgerechtes Unterstützungs-

system. In der EU arbeitet man derzeit an der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Allerdings lehnen einige Länder die Aufnahme des Straftatbestandes der Vergewaltigung, darunter auch Deutschland, in die Richtlinie ab.



Zum Gedenk- und Aktionstag am 25. November zur Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt jeglicher Form gegen Frauen und Mädchen werden zur Darstellung der Femizide oft rote Schuhe an öffentlichen Plätzen aufgestellt. Dabei symbolisiert das Rot das Blut der Femizide, das dabei vergossen wurde. Aber reicht dies, um aufmerksam zu machen? Weiß damit JEDER etwas anzufangen? Was passiert mit den aufgestellten Schuhen danach und ändert es etwas zum Schutz der betroffenen Frauen? Ist den Frauen damit tatsächlich geholfen? Schützt dies vor Verletzungen und letztendlich vor Femiziden? Die Vergangenheit hat gezeigt, dass dem nicht so ist. Zwar haben wir mittlerweile ein Gewaltschutzgesetz, die Anpassung des Paragrafen für Nachstellung/Stalking im Strafgesetzbuch und die Einführung und Umsetzung des Einkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die sogenannte Istanbul-Konvention. Trotzdem aber steigen die Zahlen.

Kolleginnen und Kollegen der GdP Berlin haben sich zu diesem Thema Gedanken gemacht und diese symbolisch auf „rote Schuhe“ geschrieben. Dabei kamen ermutigende Worte für betroffene Frauen, das Aufmerksam machen von Defiziten im Hilffsystem und auch Forderungen an die Politik zutage. Diese wollen wir den Verantwortlichen nicht vorenthalten und haben sie deshalb gesammelt in einem großen Ordner anlässlich der Konferenz „Innovative Ansätze zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“ Ende November Innensenatorin Iris Spranger und Staatssekretärin Micha Klapp (Arbeit und Gleichstellung) übergeben.

Ein großes Problem bleibt die weiterhin zu geringe Zahl an Plätzen in Frauenhäusern. Auch wenn wir mittlerweile ein achttes Frauenhaus in der Hauptstadt haben und ein neuntes gebaut werden soll, reicht das vorne und hinten nicht. Genau genommen sollte das ohnehin nur eine Übergangslösung sein, die aufgrund des Wohnungsmarktes aber immer mehr zur Dauerlösung mutiert. Deshalb brauchen wir

Denk an Deine Angaben!

Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass Anspruch auf unsere Leistungen nur für diejenigen besteht, die ihre Mitgliedsbeiträge korrekt bezahlen. Das Land Berlin übermittelt uns eventuelle Änderungen aber nicht. Insofern bitten wir Euch, wenn Ihr umgezogen seid oder endlich befördert wurdet, sich die Ausbildung verlängert hat oder Ihr in den verdienten Genuss Eurer Pension/Rente kommt, es bei uns kundzutun. Nur so können wir Eure Mitgliedsbeiträge korrekt einstufen und schicken Post nicht ins Nirwana. ■

ein explizites Vorhalten von Wohnraum. Wohnungsbaugesellschaften sollten angewiesen werden, Wohnraum für Frauen und Familien aus Frauenhäusern vorzuhalten. In denen würde es keinen Leerstand geben, der Bedarf ist da. Ein weiteres Problem der Frauenhäuser spricht eine Kollegin mit „mehr Unterbringungsmöglichkeiten für Frauen mit mehr als einem Kind und Frauen mit männlichen Kindern über 12 Jahren nach Gewalterfahrung (hG/Gewalt im Namen der Ehre)“ an. Eine Unterbringung von Frauen mit mehr als einem Kind gestaltet sich aufgrund des benötigten Platzes als schwierig. Frauen mit männlichen Kindern über 12 Jahren werden oft nicht aufgenommen. Grund hierfür ist, dass die Söhne oft von ihren Vätern und somit Tätern beeinflusst werden. So kann eine



sichere Unterbringung in einem Frauenhaus nicht garantiert werden. Keine Mutter wird ihren 15-jährigen Sohn beim gewaltbereiten Vater zurücklassen. Wohnungszuweisungen und Wegweisungen des Täters sind nicht immer eine Lösung, gerade auch, wenn der Täter auch ohne Wohnungszugang am Wohnort Einfluss nimmt. Hier schließt sich der Kreis dann wieder zum freigehaltenen Wohnraum.

Aber auch „Mehr Aufklärung in Schulen“ und „Bildung, Aufklärung, Hilfe, Zuhören“ findet mehrfach von den Kolleginnen und Kollegen Erwähnung. Dies nicht ohne Grund. Kinder sind aufmerksame Zeugen und bekommen viel mit. Auch wenn diese während der Gewalttat nicht im selben Raum verweilen, hören und spüren sie die Veränderung nach einer solchen. Sie wachsen mit der Gewalt im familiären Umgang auf und nehmen sich dem an, gerade auch in patriarchalen Familienstrukturen. Männ-



liche Kinder lernen dabei den falschen Umgang mit den weiblichen Familienmitgliedern und weibliche Kinder lernen dabei, was die Frauen in der Familie aushalten müssen. Sie nehmen das Angelernte mit in ihre eigenen Familien, werden für immer geprägt. Daher brauchen wir frühmöglich Aufklärung. Das passiert am besten im Schulalltag, nicht als einmaliges Projekt, sondern fest etabliert im Regelunterricht mit dauerhafter Wiederholung. Es sollte allen Kindern gezeigt werden, dass Frauen in unserer freiheitlich liberalen Demokratie ein Recht auf selbstbestimmtes Leben haben und gewaltfrei leben sollten. „Ein Recht auf körperliche Unversehrtheit!“ sollte einer jeden Frau zugestanden werden und das sollte niemand infrage stellen.

Prävention ist das eine, Repression das andere. Viel zu oft werden Täter häuslicher Gewalt nicht zur Verantwortung gezogen. Wir erwarten „härtere Bestrafungen der Beschuldigten“. Oft steht im Ermittlungsverfahren Aussage gegen Aussage, es fehlen Zeugen aufgrund der Taten in den eigenen vier Wänden und somit auch Beweismittel. Täter, die gezielt ihre Frauen im Rahmen der häuslichen Gewalt erniedrigen, zeigen diesen deutlich nach einer Einstellung des Verfahrens, dass man ihnen nichts kann. Es stärkt das Machtverhältnis beim Täter, der genau dieses gegen eine bzw. seine Frau einsetzt, so wie viele Jahre zuvor in den eigenen vier Wänden. Dass sich CDU und SPD nun dazu durchringen, den Einsatz der Bodycam im Wohnraum zu ermöglichen, ist immerhin ein Baustein, der ein bisschen was ändern könnte, weil die Situation bei Polizeieinsätzen auch bildlich dokumentiert wird.

Kommen wir noch einmal auf die entstehende EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zurück. Unsere Kolleginnen und Kollegen fordern „Nein heißt Nein!“ und stellen fest, „mein Körper – meine Entscheidung“, „Egal, welche Klamotten ich trage, ich bin kein Objekt!“ und „Ich ziehe an, was ich will! Fass mich nicht an!“. Frau-

en müssen „Angstfrei durch die Nacht!!!“ gehen können. „Schaut hin. Nicht weg!“ Lassen Sie uns ein Zeichen setzen und von Berlin aus den Willen, dass der Straftatbestand der Vergewaltigung in diese aufgenommen werden soll, an den Justizminister Buschmann mitteilen. Vergewaltigung ist auch Bestandteil von jahrelang erfahrener Gewalt in Beziehungen. Eines muss klar sein: „Jede Frau ist einzigartig, wie auch jeder Femizid – sie passen einfach in keine Schublade, sie sind unschubladiesbar.“

„Macht endlich was!“

„Frauen sind unsere Zukunft!“, denn diese gebären unsere Kinder. Daher möchten wir diese ermutigen. „Trau Dich raus aus der Grauzone!!!“ und „Hab Mut und kämpft für das, was Euch glücklich macht.“ „Es ist ein langer Weg, aber den ersten Schritt musst Du gehen. Wir unterstützen Dich dabei.“ – „Jede Frau hat ein Recht auf Selbstbestimmung und Recht auf Schutz vor Gewalt!“

Eure Landesfrauengruppe der GdP Berlin mit vollster Unterstützung des Landeschefs

Eine kleine Auswahl unserer Forderungen

„Rote Schuhe – Stumme Zeugen der Gewalt, lauter Ruf nach Gerechtigkeit“

„Opferbetreuung und Therapien für Angehörige“

„Frauenhäuser – bessere Finanzierungen – höhere Strafen für Täter“

„Mehr Hilfetelphone und Hilfsangebote“

„Mehr Sichtbarkeit der Problematik in der Öffentlichkeit.“

„Hört besser zu und schaut nicht weg! Nein heißt Nein! Mehr Frauenhausplätze – bessere finanzielle Unterstützung“,

„Recht auf Arbeit und Beruf“

„Mehr Schutz für schwerbehinderte Frauen“

„Opferschutz vor Täterschutz“



» Sprecher Benjamin Jendro via WELT

Die Entscheidung im Umgang mit den 77 Immobilien hat enorme Bedeutung für den gesamten Kampf gegen Clankriminalität und ist der zentrale Probelauf für die Wirksamkeit der 2017 erfolgten Gesetzesveränderungen bei der Vermögensabschöpfung. Es wäre der Super-GAU, wenn die Immobilien final wieder an die Protagonisten zurückgehen und würde uns bei der konsequenten Bekämpfung dieses Phänomens um Jahre zurückwerfen. Die kriminellen Mitglieder der Familie Remmo spucken Polizei und Justiz seit Jahrzehnten ins Gesicht, nutzen lückenhafte Gesetzesstrukturen und stellen rechtsstaatliche Institutionen immer wieder bloß. Man kann es keinem normalen Menschen erklären, warum sie sich auf der einen Seite die teuersten Anwälte leisten können, die jedes Schlupfloch suchen, um Verfahren in die Länge zu ziehen und die Familie dort Gelder reinwaschen kann, auf der anderen Seite Pflichtverteidiger hinhalten müssen, die den Steuerzahler Millionen Euro kosten. Es wird Zeit, dem ein Ende zu machen. Dazu brauchen wir die komplette Beweislastumkehr bei der Vermögensabschöpfung und Bargeldobergrenzen.

Foto: GdP Berlin



Tarifwarnstreiks in Berlin und Potsdam



Foto: GdP Berlin





» Landeschef Stephan Weh via Morgenpost

Wir gehen seit Monaten auf dem Zahnfleisch und das nicht nur bei der Bereitschaftspolizei. Die Abschnitte stellen aktuell regelmäßig Alarmhundertschaften für Versammlungslagen und Dutzende Kolleginnen und Kollegen für den Schutz jüdischer Gebäude und Personen ab, fahren selbst Objektschutz, schützen mit personeller Präsenz Weihnachtsmärkte und wissen regelmäßig kaum noch, wen sie auf den Funkwagen setzen sollen. Wir haben Dienststellen mit mehr als 20 Prozent Krankenquote und stehen vor einer Silvesternacht. Wir werden diese Belastung auf nicht absehbare Zeit kaum herunterfahren können, aber dann solle man die Menschen wenigstens angemessen finanziell entschädigen.

Foto: GdP Berlin



Veranstaltungen

Seniorengruppen

Dir 1

Wann: Mittwoch, 7. Februar, ab 13 Uhr.
Wo: LANDHAUS SCHUPKE, Alt-Wittenau 66, 13437 Berlin.
Kontakt: Werner Faber, Tel.: (030) 4032839.

Dir 2

Wann: Dienstag, 2. Januar, 15 Uhr.
Wo: El Manuel, Sandstraße 37/Ecke Meydenbauerweg, 13593 Berlin.
Kontakt: Regina Geisler, Tel.: (030) 92124397, oder Jürgen Gesch, Tel.: (03322) 210390.

Dir 4

Wann: Mittwoch, 10. Januar, 16 Uhr.
Wo: Adria Grill, Kaiser-Wilhelm-Str. 55, 12247 Berlin.

Bahnverbindung: S-Bahn Lankwitz oder Lichterfelde Ost, dann mit den Bussen 184 oder 284 oder ein kurzer Fußweg vom Bahnhof Lankwitz.

Kontakt: Peter Müller, Tel.: (030) 7967520, oder Erika Schink, Tel.: (030) 74771820.

PA

Wann: Dienstag, 23. Januar, 16 Uhr.
Wo: Adria Grill, Kaiser-Wilhelm-Str. 55, 12247 Berlin.
Kontakt: Bernd Böhme, Tel.: (030) 85719550.

LPD/PPr/ZS

Wann: Dienstag, 2. Januar, 16 Uhr.
Wo: FRABEA, Afrikanische Str. 90/Otawistr., 13351 Berlin.
Bahnverbindung: U-Bhf.-Rehberge oder/und Buslinie 221 (Haltestelle Otawistr.).

Kontakt: Alberto Fourneau, Tel.: (030) 4651559.

LKA

Wann: Dienstag, 23. Januar, 13 Uhr.
Wo: ALPENWIRT, Karl-Marx-Allee 90 a, 10243 Berlin.
Kontakt: Bärbel Thiel, Tel.: (030) 6043174, oder Jürgen Heimann, Tel.: (030) 7217547.

Landesfrauengruppe

Wann: Mittwoch, 31. Januar, 16 Uhr.
Wo: nicht in der Geschäftsstelle – Örtlichkeit noch nicht abschließend bekannt (Mitglieder werden rechtzeitig informiert).

Deine GdP in politischen Gesprächen



Fotos: GdP Berlin

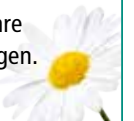
Redaktionsschluss für die Februararausgabe, auch für alle Veranstaltungen, ist der 5. Januar 2024.

Anzeige

MEDIRENTA

Beihilfe – leicht gemacht!

Seit 40 Jahren für Sie im Einsatz: MEDIRENTA, Partner der GdP Berlin, übernimmt als Beihilfeberater mit dem **Komplett-Service** für Sie und Ihre Angehörigen alle Vorgänge rund um Kranken- und Pflegekostenabrechnungen. Als GdP-Mitglied profitieren Sie von besonderen Vorteilen.



Informieren Sie sich! **030 / 27 00 00** www.medirenta.de



**Gewinner unseres Fotowettbewerbs
Vielen Dank für Eure Bilder!**